

Weihnachtspost 2014

Rundschreiben i.S.d. BGH-Urteil vom 15.03.2001 – Az. : I ZR 337/98 – vgl. hierzu: <http://www.ra-kotz.de/anwaltswerbung2.htm>

Wichtig: Trotz gewissenhafter Bearbeitung aller Beiträge kann eine Haftung für deren Inhalt leider nicht übernommen werden!

Sehr geehrte Mandantinnen und Mandanten,

unsere Weihnachtspost feiert Jubiläum! Zum mittlerweile zehnten Mal präsentieren wir Ihnen in unserem Anschreiben zur Weihnachtszeit Informationen über aktuelle rechtliche Themen. Wir würden uns freuen, wenn Sie „zwischen den Jahren“ Zeit finden, um in unserer Post zu schmökern.



In unserer Kanzlei gab es auch in diesem Jahr wieder einige Veränderungen. Seit Mitte des Jahres sind unsere Räumlichkeiten über den neu gestalteten Eingangsbereich des Hauses Siegener Straße 106 zu erreichen. Der Aufgang ist so gestaltet, dass Sie unsere Kanzlei beispielsweise auch mit einem Kinderwagen komfortabel betreten können. Die Umbauarbeiten im Erdgeschoss sind weitgehend abgeschlossen. Im Eingangsbereich werden unsere Mandanten nunmehr an einer Theke in Empfang genommen. Zwei neue Besprechungszimmer sorgen für eine angenehme Beratungsatmosphäre. Im Obergeschoss entstehen weitere Büroräume. Nachdem einige Mitarbeiterinnen aus der Elternzeit in die Kanzlei zurückgekehrt sind, wurde eine Erweiterung der Räumlichkeiten erforderlich. Die zwischenzeitlich eingestellten Mitarbeiterinnen bleiben der Kanzlei erhalten, sodass das Kanzlei-Team weiter wächst.

Seit ca. einem Monat ist unsere neue Community-Website online. Auf www.rakotz.de präsentieren wir Ihnen im neuen, modernen Gewand für juristische Laien verständliche Kurzzusammenfassungen aktueller Gerichtsurteile. Außerdem erreichen Sie über www.rakotz.de auch unser im vergangenen Sommer eingerichtetes Frageportal. Dort können Sie mit anderen Nutzern kostenlos über juristische Fragestellungen diskutieren und Ihr juristisches Problem schildern. Ein Besuch unserer Community lohnt sich! In den kommenden Wochen wird übrigens auch unsere Homepage www.ra-kotz.de erneuert. Selbstverständlich sind die wir auch in den sozialen Medien aktiv. Auf Twitter finden Sie uns unter www.twitter.com/forum_recht. Unter www.facebook.com/Rechtsanwaltskanzlei.Kotz ist unser Facebook-Profil abrufbar.

Wir wünschen Ihnen viel Spaß bei der Lektüre unserer Weihnachtspost und vor allem eine besinnliche Weihnachtszeit und einen guten Start in das Jahr 2015! Wir freuen uns, Ihnen auch in Zukunft mit Rat und Tat zur Seite zu stehen!

Ihre Rechtsanwälte Kotz nebst Kanzlei-Team

In unserer Weihnachtspost erläutern wir Ihnen:

- Die Reform des Verkehrszentralregisters in Flensburg (Seite 2)
- Strafbares Verhalten im Straßenverkehr (Seite 2-3)
- Rechtliche Probleme bei Fitnessstudioverträgen (Seite 4)
- Die verhaltensbedingte Kündigung (Seite 5-6)
- Neuregelungen im Jahr 2015 (Seite 6-7)
- Interessante Urteile aus dem Jahr 2014 (Seite 7-9)
- Juristenwitze (Seite 9-10)

Juristischer Spruch zum Einstieg

„Außer dem Licht wird nichts so oft gebrochen wie das Recht.“

Alfred Polak

(Österreichischer Schriftsteller, Aphoristiker, Kritiker und Übersetzer.
Einer der bekanntesten Autoren der Wiener Moderne.)

Die Reform des Verkehrszentralregisters in Flensburg

Das Verkehrszentralregister in Flensburg wurde zum 01.05.2014 grundlegend reformiert. Es heißt seither Fahreignungsregister. Neben der Umbenennung gibt es zahlreiche weitere Neuerungen, welche wir an dieser Stelle kurz vorstellen möchten.



Maximale Punktzahl - Anders als bisher wird die Fahrerlaubnis nicht mehr ab 18 Punkten, sondern bereits ab 8 Punkten entzogen. Im Gegenzug sinkt auch die Punktzahl, welche für einen einzelnen Verstoß vergeben wird. Verstöße werden nun mit 1-3 Punkten geahndet. Einen Punkt erhält man für „normale“ Ordnungswidrigkeiten, zwei Punkte für Ordnungswidrigkeiten, welche zu einem Regelfahrverbot führen und für bestimmte Straftaten im Zusammenhang mit dem Straßenverkehr, drei Punkte für Straftaten, welche zur Entziehung der Fahrerlaubnis führen. Es werden nur noch Ordnungswidrigkeiten ins Fahreignungsregister eingetragen, welche mit einem Bußgeld ab 60,00 € geahndet werden. Punkte gibt es nur noch für solche Verstöße, die sich auf die Verkehrssicherheit unmittelbar auswirken.

Verjährung - Künftig verjährt jeder einzelne Verstoß für sich. Neue Verstöße haben folglich keinen Einfluss mehr auf die Tilgungsfrist bereits bestehender Punkte. Die einzelnen Tilgungsfristen sind jeweils abhängig von der Schwere des Verstoßes.

Phasenmodell - Das seit dem 01.05.2014 geltende Punktesystem unterscheidet drei Phasen - Vormerkung, Ermahnung und Verwarnung. Die Vormerkungsphase von 1-3 Punkten ist sanktionsfrei. Der Eintritt in die Ermahnungsphase von 4-5 Punkten ist mit einer gebührenpflichtigen Ermahnung verbunden. Weiter wird der Betroffene darauf hingewiesen, dass er durch eine (freiwillige) Seminarteilnahme einen Punkt abbauen kann. Auch in der Verwarnungsphase - 6-7 Punkte - erfolgt eine gebührenpflichtige Verwarnung. Punkte können in dieser Phase nicht mehr abgebaut werden. Ein Pflichtseminar gibt es nicht mehr.

Punkttestand - Der Punkttestand lässt sich durch eine kostenfreie Anfrage beim Kraftfahrtbundesamt in Erfahrung bringen. Empfehlenswert ist die Verwendung des auf der Internetseite des KBA (www.kba.de) zur Verfügung gestellten Formulars.

Über die Reform des Verkehrszentralregisters und über die damit einhergehenden Änderungen des Bußgeldkataloges haben wir einen Infolyer erstellt, welchen Sie kostenlos in unserer Kanzlei erhalten. Alternativ können Sie den Flyer über unsere Homepage www.ra-kotz.de kostenlos herunterladen. Unter www.ra-kotz.de/kostenlose_info-flyer finden Sie zahlreiche Info-Flyer zu ausgewählten Themen.

Strafbares Verhalten im Straßenverkehr

Teilnehmer am Straßenverkehr laufen nicht selten Gefahr sich einer strafrechtlichen Verfolgung auszusetzen. Schneller als man gemeinhin denkt, gerät man ins Visier der Staatsanwaltschaft. Wir erläutern die gängigsten Straftaten im Zusammenhang mit dem Straßenverkehr.

Fahrlässige Körperverletzung - Im Straßenverkehr kommt es regelmäßig zu fahrlässigen Körperverletzungen. Kommt es zu einem Unfall mit Verletzten, leitet die Staatsanwaltschaft regelmäßig Ermittlungen gegen den Unfallverursacher ein. Wiegen die Verletzungen des Opfers nicht allzu schwer und handelte der Täter lediglich leicht fahrlässig, wird das Verfahren

häufig eingestellt. Nichtsdestotrotz ist die fahrlässige Körperverletzung mit einer Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bedroht.

Fahrlässige Tötung - Jährlich kommen im Straßenverkehr bei Unfällen in Deutschland über 3000 Menschen zu Tode. Die Todesfälle geben häufig Anlass zu umfangreichen Ermittlungen, die nicht selten mit Verurteilungen enden. Je nach Grad der Fahrlässigkeit werden Verfahren wegen fahrlässiger Tötung häufig auch gegen Zahlung einer Geldsumme eingestellt. Die fahrlässige Tötung wird mit einer Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren oder Geldstrafe bestraft.

Beleidigung - Die Beleidigung wird nur auf Antrag des Beleidigten verfolgt. Erstattet dieser Strafantrag, kommt es regelmäßig zu Ermittlungen. Im Rahmen dieser Ermittlungen kommt es häufig zur Einstellung des Verfahrens, weil der Vorwurf nicht allzu schwer wiegt. Bei Beleidigungen im Straßenverkehr wird jedoch zurückhaltender als sonst von der Möglichkeit der Einstellung Gebrauch gemacht. Dies gilt erst Recht für Beleidigungen von Polizisten. Bei entsprechendem Tatnachweis ist hier häufig mit einer Verurteilung zu einer Geldstrafe zu rechnen.

Unerlaubtes Entfernen vom Unfallort - Ein Dauerbrenner unter den Straßenverkehrsdelikten ist das Unerlaubte Entfernen vom Unfallort. Dies liegt wohl häufig auch daran, dass ein verbreiteter Volksglaube besteht, in bestimmten Konstellationen genüge das Hinterlassen der Telefonnummer an der Windschutzscheibe des soeben beschädigten Fahrzeuges. Dies ist aber mitnichten der Fall. Eine gewisse Wartezeit sollte der Schädiger auch bei geringfügigen Schäden immer einhalten. Möchte er den Unfallort verlassen, sollte er zuvor die Polizei von dem Vorfall in Kenntnis setzen. Andernfalls droht eine strafrechtliche Verfolgung.

Fahren ohne Fahrerlaubnis - Anders als die bisher genannten Delikte wird das Fahren ohne Fahrerlaubnis nicht im Strafgesetzbuch, sondern im Straßenverkehrsgesetz sanktioniert. Entgegen der landläufigen Meinung handelt es sich bei dem Tatbestand um keine Ordnungswidrigkeit, sondern um eine Straftat. Bedroht ist die Straftat mit einer Freiheitsstrafe von bis zu einem Jahr. Fahren ohne Fahrerlaubnis liegt auch vor, wenn jemand, der lediglich einen Mofa-Führerschein besitzt, mit einem Mofa deutlich zu schnell fährt, weil das Mofa zum Beispiel „getunt“ wurde.



Trunkenheit im Verkehr - „Alkohol am Steuer“ wird mit einer Freiheitsstrafe von bis zu einem Jahr oder Geldstrafe bestraft. Die Grenze, ab wann eine Strafbarkeit nach dieser Vorschrift gegeben ist, lässt sich nicht klar ziehen. Ab 1,1 Promille ist das Führen eines Kraftfahrzeuges immer strafbar. Auch unter diesem Grenzwert kommt eine Strafbarkeit in Betracht. Dies ist dann der Fall, wenn der Täter nachweislich Alkohol oder Rauschmittel konsumiert hat, er fahruntüchtig ist und der Konsum die Fahruntüchtigkeit zur Folge hatte. Unabhängig vom Straftatbestand der Trunkenheit im Verkehr kommen bei niedrigeren Blutalkoholkonzentrationen Ordnungswidrigkeitentatbestände in Betracht.

Gefährdung des Straßenverkehrs - Eine Gefährdung des Straßenverkehrs liegt regelmäßig dann vor, wenn der Betroffene Alkohol konsumiert hat und infolgedessen eine konkrete Gefahr für Leib oder Leben anderer Menschen oder für bedeutende Sachwerte vorliegt. Ebenso liegt der Tatbestand jedoch vor, wenn sich eine solche Gefährdung beispielsweise aufgrund von grob verkehrswidrigem und rücksichtslosem Überholen oder ähnlichem ergibt. Sanktioniert wird die Straftat mit einer Freiheitsstrafe von bis zu zwei Jahren oder mit einer Geldstrafe.

Gefährlicher Eingriff in den Straßenverkehr - Bei Beeinträchtigungen der Sicherheit des Straßenverkehrs durch bestimmte betriebsfremde Eingriffe und einer damit einhergehenden Gefährdung kommt eine Strafbarkeit wegen gefährlichen Eingriffs in den Straßenverkehr in Betracht. Ein betriebsfremder Eingriff liegt zum Beispiel beim Bereiten von Hindernissen vor. Dies liegt wiederum zum Beispiel dann vor, wenn jemand eine Straßensperre errichtet oder ohne jeden Grund eine Vollbremsung ausführt. Es droht eine Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren oder eine Geldstrafe. Auch die fahrlässige Begehung wird bestraft.

Rechtliche Probleme bei Fitnessstudioverträgen

Fast acht Millionen Deutsche sind Mitglied in einem Fitnessstudio. Diese hohe Zahl erklärt, warum der Beratungsbedarf im Zusammenhang mit Fitnessstudioverträgen enorm ist. Nicht selten stellt sich nach einigen Wochen des Trainings heraus, dass das Fitnessstudio den Vorstellungen des Kunden nicht entspricht oder aber der Kunde schlicht nicht die Motivation findet regelmäßig trainieren zu gehen. Dann stellt sich regelmäßig die Frage, wie sich das Vertragsverhältnis beenden lässt.

Problematisch hierbei ist, dass Fitnessstudiobetreiber regelmäßig nur Verträge mit einer Mindestlaufzeit von 12 oder gar 24 Monaten anbieten und den Kunden so an das Fitnessstudio binden wollen. Eine Kündigung wird in dieser Zeit in der Regel durch Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB) ausgeschlossen. Weiter regeln AGB von Fitnessstudios häufig, dass sich der Vertrag um 12 Monate verlängert, wenn er nicht spätestens drei Monate vor dem möglichen Kündigungstermin gekündigt wird.

Wie der Bundesgerichtshof inzwischen entschieden hat, halten diese Regelungen der Inhaltskontrolle stand. Die entsprechenden Regelungen in AGB sind folglich regelmäßig wirksam.

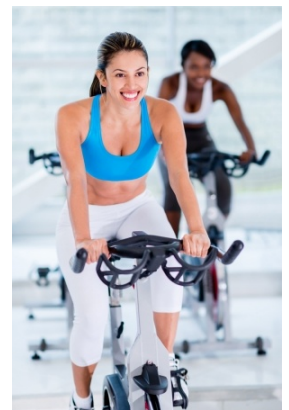
Kündigungswillige Kunden stehen jedoch nicht immer auf verlorenem Posten!

Da es rechtlich äußerst anspruchsvoll ist wirksame Vereinbarungen in AGB zu treffen und sich die Rechtsprechung zu AGB in einem ständigen Wandel befindet, machen Fitnessstudiobetreiber auf diesem Gebiet nicht selten Fehler. Erweist sich eine einzelne AGB als unwirksam, gilt die gesetzliche Regelung. Diese ist für den Kunden im Zusammenhang mit Fitnessstudioverträgen immer deutlich günstiger. Regelmäßig ist eine ordentliche Kündigung mit einer Frist von wenigen Wochen möglich.

Während ein Widerruf des Vertrages regelmäßig nicht in Betracht kommt, ist die außerordentliche Kündigung aus wichtigem Grund häufig eine Option für den Kunden. Dieses Recht des Kunden darf der Fitnessstudiobetreiber seinen Kunden nicht verwehren. Eine außerordentliche Kündigung ist allerdings nur dann möglich, wenn dem Kündigenden unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalls und unter Abwägung der beiderseitigen Interessen die Fortsetzung des Vertragsverhältnisses bis zur vereinbarten Beendigung oder bis zum Ablauf einer Kündigungsfrist nicht zugemutet werden kann.

Wann dies der Fall ist, ist in der Rechtsprechung umstritten. Grundsätzlich besteht aber die Tendenz die Möglichkeit der Kündigung an der Frage festzumachen, aus welcher Sphäre der Anlass der Kündigung stammt. Ein Wohnortwechsel wird beispielsweise, auch wenn er arbeitsplatzbedingt erfolgen soll, der Sphäre des Kunden zugeschrieben und stellt regelmäßig keinen Grund für eine außerordentlichen Kündigung dar.

Anders verhält es sich bei Krankheiten. Diese werden nicht der Sphäre des Kunden zugeschrieben, da diesen an der Erkrankung regelmäßig kein Verschulden trifft. Die Rechtsprechung ist in diesem Bereich durchaus kundenfreundlich. Eine Vereinbarung in AGB, mit der der Kunde erklärt, er sei „sportgesund“, ist beispielsweise unwirksam. Gleiches gilt für eine Vereinbarung, nach der der Vertrag für die Zeit einer Krankheit oder Schwangerschaft ruht. Ebenso kann die krankheitsbedingte Kündigung generell nicht durch AGB ausgeschlossen werden. Jedenfalls soweit keine vertragliche Vereinbarung getroffen wurde, kann der Fitnessstudiobetreiber im Falle der Krankheit auch kein Attest von einem bestimmten Arzt oder einem Amtsarzt verlangen. Für die Erkrankung gilt, dass diese von einer gewissen Dauer sein muss. Der Kunde muss allerdings nicht vollkommen trainingsunfähig sein. Für ein außerordentliches Kündigungsrecht ist es regelmäßig ausreichend, dass der Kunde einen nicht unerheblichen Anteil des Angebotes infolge der Krankheit nicht mehr wahrnehmen kann. Eine ärztlich attestierte Krankheit von einer gewissen Erheblichkeit kann folglich dazu geeignet sein, das Vertragsverhältnis außerordentlich und fristlos zu beenden. Betroffene Kunden sollten den Vertrag regelmäßig außerordentlich kündigen und hilfsweise eine ordentliche Kündigung zum nächstmöglichen Zeitpunkt erklären. Zu Beweis Zwecken ist es wichtig, dass der Kunde auf eine Kündigungsbestätigung besteht.



Die verhaltensbedingte Kündigung

Einer der häufigsten Gründe für die Beendigung eines Arbeitsverhältnisses ist die verhaltensbedingte Kündigung. Die verhaltensbedingte Kündigung ist jedoch an einige Voraussetzungen geknüpft, welche bei zahlreichen Kündigungen in der Praxis nicht vorliegen.

Im Anwendungsbereich des Kündigungsschutzgesetzes (bei mehr als zehn Arbeitnehmern im Betrieb) sind neben der außerordentlichen Kündigung aus wichtigem Grund verhaltensbedingte, personenbedingte und betriebsbedingte Kündigungen möglich.

Die verhaltensbedingte Kündigung unterscheidet sich von der personenbedingten Kündigung ganz erheblich. Anknüpfungspunkt für eine verhaltensbedingte Kündigung ist immer ein vom Arbeitnehmer grundsätzlich steuerbares, vertraglich geschuldetes, Verhalten. Personenbedingte Gründe für eine Kündigung liegen hingegen bei nicht steuerbaren Tatsachen vor, etwa bei der dauerhaften Entziehung der Fahrerlaubnis bei Personen, die für ihre Arbeitstätigkeit eine Fahrerlaubnis benötigen, wie dies zum Beispiel bei LKW-Fahrern der Fall ist.

Darin, dass bei der verhaltensbedingten Kündigung ein durch den Arbeitnehmer steuerbares Verhalten vorliegt, liegt auch der Grund, dass einer verhaltensbedingten Kündigung im Regelfall eine Abmahnung vorausgehen muss. Diese Abmahnung dient dazu, dem Arbeitnehmer sein Fehlverhalten aufzuzeigen und ihm somit die Gelegenheit zu geben, sein Verhalten zu ändern. Nur in eng begrenzten Ausnahmefällen ist eine Abmahnung vor Erteilung einer verhaltensbedingten Kündigung entbehrlich. Ein Beispiel für eine verhaltensbedingte Kündigung nach entsprechender Abmahnung ist das unentschuldigste Fernbleiben von der Arbeit. Manche Arbeitgeber versäumen es bereits, eine entsprechende Abmahnung zu erteilen. Dann erweist sich die Kündigung regelmäßig als unwirksam. Andere erteilen eine Abmahnung, scheitern jedoch an den für eine wirksame Abmahnung erforderlichen Formalien. Um eine wirksame Abmahnung zu erteilen, muss der Arbeitgeber das zu beanstandende Fehlverhalten zunächst genau bezeichnen und den Arbeitnehmer auffordern, dieses Verhalten für die Zukunft zu ändern. Weiter muss er für den Fall der Zuwiderhandlung verdeutlichen, dass weitere arbeitsrechtliche Konsequenzen bis hin zur Kündigung drohen. Wichtig ist auch, dass die Abmahnung durch eine abmahnungsberechtigte Person erfolgt. Eine Falle für Arbeitgeber sind regelmäßig sogenannte „Sammelabmahnungen“. Es ist dringend davon abzuraten in einer Abmahnung mehrere Verhaltensweisen zu rügen. Erweist sich nur ein Vorwurf als haltlos, ist die gesamte Abmahnung unwirksam. Hat der Arbeitgeber ein bestimmtes Verhalten abgemahnt, so hat er anlässlich dieses Verhaltens nicht mehr die Möglichkeit zu kündigen. Der Arbeitgeber hat dem Arbeitnehmer nämlich zu verstehen gegeben, dass er das konkrete Verhalten lediglich mit einer Abmahnung rügt. Von besonderer Bedeutung ist auch die Frage, wie viele Abmahnungen vor einer verhaltensbedingten Kündigung zu erteilen sind. Dies ist unter anderem von der Schwere der jeweiligen Verstöße ab. Falsch ist die häufig vorherrschende Ansicht, besonders viele Abmahnungen würden zu einer rechtssicheren Kündigung beitragen. Denn mit einer Mehrzahl von Abmahnungen nimmt die Warnfunktion einer Abmahnung ab, da sich diese Ankündigung für den Arbeitnehmer nach einer gewissen Anzahl an Abmahnungen als „leere Drohung“ darstellt.



Wurde der Arbeitnehmer (unter Umständen mehrfach) abgemahnt und wird erneut (wegen desselben Verhaltens) auffällig, so rechtfertigt dies unter Umständen bereits die Prognose, dass der Arbeitnehmer auch in Zukunft seine vertraglichen Pflichten verletzen wird. Diese Prognose ist Anknüpfungspunkt für die Möglichkeit der Kündigung. Nach einer umfassenden Interessenabwägung ist gegebenenfalls eine Kündigung möglich.

Für eine wirksame verhaltensbedingte Kündigung ist es ebenso elementar, dass der Arbeitgeber den fristgerechten Zugang der Kündigungserklärung nachweisen kann. Im Übrigen muss

die Kündigung schriftlich erfolgen. Der Angabe eines Grundes bedarf es nicht. Bei Kündigungen in Betrieben mit Betriebsrat ist es darüber hinaus eine Wirksamkeitsvoraussetzung der Kündigung, dass der Betriebsrat vor der Kündigung angehört wurde.

Die anwaltliche Erfahrung zeigt, dass es regelmäßig lohnt, sich gegen eine verhaltensbedingte Kündigung zur Wehr zu setzen. Dabei ist zu beachten, dass die Frist zur Erhebung der Kündigungsschutzklage drei Wochen ab Zugang der Kündigungserklärung beträgt. Bei dieser Frist handelt es sich um eine Ausschlussfrist, deren Nichteinhaltung nur in seltenen Ausnahmefällen geheilt werden kann. Der Arbeitnehmer sollte sich folglich sofort nach Erhalt der Kündigung an einen Fachanwalt für Arbeitsrecht wenden.

Neuregelungen im Jahr 2015

1. Hartz IV

Die Regelsätze für Hartz IV steigen zum Jahreswechsel. Für Alleinstehende ergibt sich eine Erhöhung um 8 € von 391 € auf 399 € pro Monat.

2. Pflegestärkungsgesetz

Zum 01.01.2015 tritt das Pflegestärkungsgesetz in Kraft. Das Gesetz soll Pflegebedürftige und pflegende Angehörige besserstellen als bisher. Bestimmte Leistungen werden aufgestockt. Im Gegenzug steigt der Pflegebeitrag um 0,3 Prozentpunkte auf 2,35 Prozent für Eltern und 2,6 Prozent für Kinderlose.

3. Veränderung des Krankenversicherungsbeitrags

Der Beitragssatz für die Krankenversicherung sinkt zum 01.01.2015 von 15,5 auf 14,6 Prozent. Der Beitragssatz beträgt für Arbeitgeber und Arbeitnehmer paritätisch je 7,3 Prozent. Die Krankenkassen haben künftig die Möglichkeit einen einkommensabhängigen prozentualen Zusatzbeitrag zu verlangen, welcher allein von den Versicherten zu zahlen ist.

4. Lebensversicherungsreformgesetz

Mit Einführung des Lebensversicherungsreformgesetzes zum 01.01.2015 sinkt der Garantiezins für Neuverträge von 1,75 auf 1,25 Prozent. Altkunden, welche vorzeitig aus einem Vertrag aussteigen, müssen eventuell Einbußen in Kauf nehmen. Finanziell schlecht aufgestellte Versicherungsunternehmen müssen Kunden weniger als bisher, unter Umständen sogar gar nicht, an Bewertungsreserven beteiligen.

5. Kirchensteuer

Der Kirchensteuereinbehalt durch Banken erfolgt bei entsprechender Verpflichtung ab 01.01.2015 automatisch.

6. BAföG

Entgegen der bisherigen Praxis (die Länder trugen 35 Prozent der Kosten) finanziert künftig allein der Bund die Bundesausbildungsförderung nach dem BAföG. Dies bewirkt eine Entlastung der Länder um ca. 1,2 Milliarden € pro Jahr.

Ab Herbst 2015 gelten höhere Bedarfssätze und Einkommensfreibeträge.

7. Austauschpflicht für alte Heizungen

Vor dem 01.01.1985 eingebaute Heizkessel dürfen ab Januar 2015 grundsätzlich nicht mehr betrieben werden. Eine Ausnahme gilt für Brennwertkessel und Niedrigtemperatur-Heizkessel. Diese müssen nicht ausgetauscht werden. Darüber hinaus müssen Immobilienbesitzer, welche eine Immobilie bereits zum 01.02.2002 selbst bewohnt haben, keine Nachrüstung vornehmen lassen.

8. Melderecht

Mit dem neuen Melderechtsgesetz gibt es ab Mai 2015 einen Onlinezugriff auf alle Register. Auskünfte zum Zwecke des Adresshandelns sind nur noch bei einer entsprechenden Zustimmung des Betroffenen zulässig.

Wieder eingeführt wird die Mitwirkung des Vermieters bei der Meldung. Dieser muss den Einzug des Mieters künftig wieder bestätigen. Das Gesetz dient insoweit der Verhinderung von Scheinanmeldungen, welche in den vergangenen Jahren seit Abschaffung der Mitwirkungspflicht erheblich zugenommen hatten.

Interessante Urteile aus dem Jahr 2014

1. Dienstunfall im Bierzelt

Verwaltungsgericht Stuttgart, Az: 1 K 173/13, Urteil vom 31.01.2014

Stürzt eine Lehrerin im Rahmen einer Klassenfahrt von einer Bierzeltgarnitur in einem Festzelt, kann ein Dienstunfall vorliegen.

Die Lehrerin hatte mit mehreren Schülern im Rahmen eines offiziellen Programmpunktes der Klassenfahrt ein Volksfest besucht. Als zahlreiche Gäste auf die Bänke stiegen, schloss sich die Lehrerin, ebenso wie die Schüler, an. Die hinter der Lehrerin stehende Bank fiel um, was dazu führte, dass auch die Bank, auf welche die Lehrerin stand, umfiel. Die Lehrerin zog sich eine Fraktur zu.

2. Schwarzgeldabrede – Kein Anspruch des Schwarzarbeiters auf Wertersatz

Bundesgerichtshof, Az: VII ZR 241/13, Urteil vom 10.04.2014

Ein Vertrag, der eine Schwarzgeldabrede beinhaltet, ist nichtig. Der Schwarzarbeiter kann gegen den Auftraggeber keine bereicherungsrechtlichen Ansprüche geltend machen.

Unternehmer und Besteller eines Werkes hatten im konkreten Fall vereinbart, dass Elektroinstallationsarbeiten „schwarz“ zu erbringen sind. Als der Besteller nicht zahlte, verlangte der Unternehmer den Werklohn. Der BGH entschied, dass dieser ihm weder aus vertraglichen, noch aus bereicherungsrechtlichen Gesichtspunkten, zusteht.

3. Kündigung wegen Alkoholsucht

Bundesarbeitsgericht, Az: 2 AZR 565/12, Urteil vom 20.03.2014

Eine ordentliche Kündigung eines Arbeitnehmers kann gerechtfertigt sein, wenn im Zeitpunkt der Kündigung die Prognose gerechtfertigt ist, der Arbeitnehmer könne aufgrund von Alkoholsucht dauerhaft nicht die Gewähr erbringen, in der Lage zu sein, die vertraglich geschuldete Tätigkeit zu erbringen.

Der Arbeitnehmer war vorliegend als Hofarbeiter beschäftigt und hatte die Aufgabe regelmäßig große Fahrzeuge zu führen. Dabei war er regelmäßig alkoholisiert. Das Gericht sah im Verhalten des Arbeitnehmers eine erhebliche Gefahr für Personen und Sachwerte und billigte die Kündigung.



4. Gestatten: „Waldmeister“

Oberlandesgericht Bremen, Az: 1 W 19/14, Beschluss vom 20.06.2014

Die elterliche Sorge umfasst das Recht, dem Kind einen Vornamen zu geben. Das Kind darf durch den Vornamen jedoch nicht der Lächerlichkeit preisgegeben werden.

Die Eltern des Kindes hatten beabsichtigt, dem Kind unter anderem den Vornamen Waldmeister zu geben. Diesen Vornamen erklärte das Gericht aus dem oben genannten Grund für unzulässig.

5. Pokerturnier – Teilnahmegebühr als Entgelt für ein erlaubnispflichtiges Glücksspiel Bundesverwaltungsgericht, Az: 8 C 26/12, Urteil vom 22.01.2014

Die Teilnahmegebühr für ein Pokerturnier stellt nach dem Glücksspielstaatsvertrag kein Entgelt für ein erlaubnispflichtiges Glücksspiel dar, wenn die Teilnahmegebühr ganz überwiegend für die Deckung der Veranstaltungskosten verwendet wird.

Die Klägerin hatte als Lizenznehmerin des Bundes Deutscher Poker-Veranstalter ein Pokerturnier veranstaltet, bei welchem die Spieler für die Teilnahme eine Gebühr von 15 € zu entrichten hatten. Den Turniergewinnern winkten dabei Sachpreise sowie die Möglichkeit der kostenfreien Teilnahme an einem internationalen Pokerturnier mit Geldpreisen.

6. Auskunftsanspruch des Samenspenders gegen die Kindesmutter Oberlandesgericht Hamm, Az: 13 WF 22/14, Beschluss vom 07.03.2014

Grundsätzlich ist eine Kindesmutter verpflichtet, dem Vater eines durch eine Samenspende gezeugten Kindes Auskunft über das Kind zu erteilen.

Ein Samenspender hatte von der Kindesmutter Auskunftserteilungen und Lichtbilder der Kinder verlangt. Das OLG gab dem Samenspender im Wesentlichen Recht. Ein solcher Anspruch scheide nur im Falle eines Rechtsmissbrauches aus.

7. Fahrradhelm – Kein Mitverschulden wegen Verzicht auf das Tragen eines Helms Bundesgerichtshof, Az: VI ZR 372/13, Urteil vom 17.06.2014

Einen Fahrradfahrer trifft bei einem durch einen anderen verursachten Unfall nicht allein deshalb ein Mitverschulden an einem eigenen Schaden, weil er auf das Tragen eines Helms verzichtet und der Helm die Folgen eines Unfalles vermindert hätte.

Ein am Fahrbahnrand stehender Autofahrer hatte plötzlich die Tür seines Autos geöffnet. Der Radfahrer konnte nicht mehr ausweichen und erlitt schwere Schädel-Hirn-Verletzungen. Der Autofahrer hatte vergeblich geltend gemacht, dass den Radfahrer aufgrund des fehlenden Helms ein Mitverschulden an den Verletzungen anzurechnen sei.

8. Abschleppen von einem Taxistand ohne Einhaltung der Wartezeit Bundesverwaltungsgericht, Az: 3 C 5/13, Urteil vom 09.04.2014

Ein an einem Taxenstand abgestelltes Fahrzeug darf in der Regel ohne Einhaltung einer Wartezeit abgeschleppt werden.

Das Fahrzeug des Klägers, ein Reisebus, parkte verbotswidrig an einem Taxenstand. Die Bediensteten des Ordnungsamtes versuchten den Fahrer über eine hinterlegte Handynummer zu erreichen und beauftragten sodann mangels Erfolg ein Abschleppunternehmen. Vor Eintreffen des Abschleppwagens erschien jedoch der Kläger und fuhr davon. Im Ergebnis wehrte er sich erfolglos gegen die Heranziehung zur Kostentragung in Höhe von ca. 500 € für die Leerfahrt.

9. „Korinthenkackerei“ als strafbare Beleidigung? Amtsgericht Emmendingen, Az: 5 Cs 350 Js 30429/13, Urteil vom 08.07.2014

Die Äußerung „Das ist doch Korinthenkackerei!“ gegenüber einem Gemeindevollzugsbeamten, der ein Knöllchen an einem teilweise auf einer schraffierten Fläche stehenden Fahrzeug anbringt, kann vom Grundrecht der Meinungsfreiheit gedeckt sein.

Das AG Emmendingen hat die Äußerung im „Kampf ums Recht“ in der konkreten Situation nicht als strafbare Beleidigung bewertet.

10. Tierhalterhaftung auch in der Hundepension**Bundesgerichtshof, Az: VI 372/13, Urteil vom 25.03.2014**

Ein Tierhalter haftet in der Regel auch dann für einen durch seinen Hund verursachten Schaden, wenn er das Tier für einige Tage in einer Hundepension untergebracht hat.

Eine Border-Collie-Mischlingshündin hatte eine Mitarbeiterin der Hundepension in die Lippe gebissen, als diese die Hündin anleinen wollte. Die Mitarbeiterin begehrte Ersatz ihres Schadens und Schmerzensgeld.

**11. Aufnahme eines Arztes in ein Arztbewertungsportal****Bundesgerichtshof, Az: VI ZR 358/13, Urteil vom 23.09.2014**

Ein Arzt muss es grundsätzlich akzeptieren, dass in einem Arztbewertungsportal registrierte Nutzer Bewertungen des Arztes abgeben und das Arztbewertungsportal allgemein berufsbezogene Daten des Arztes (Praxisadresse, Öffnungszeiten, Fachrichtung,...) veröffentlicht.

Ein Arzt hatte gegen das Portal jameda.de erfolglos geklagt. Seiner Argumentation, die Datenerhebung verstieße gegen das Bundesdatenschutzgesetz, folgten die Richter nicht.

12. Fahnenmast mit Fanflagge als Anlage zur Außenwerbung?**Oberverwaltungsgericht NRW, Az: 10 A 1787/13, Beschluss vom 08.07.2014**

Ein in einem Wohngebiet errichteter Fahnenmast mit einer Fan-Fahne ist keine Anlage zur Außenwerbung im Sinne des öffentlichen Baurechts und unter diesem Gesichtspunkt nicht genehmigungspflichtig.

Der Beklagte hatte in seinem Garten einen Fahnenmast nebst BVB-Fahne errichtet. Der Nachbar störte sich zum einen am Anblick, zum anderen aber auch an den von der Fahne im Wind ausgehenden Geräuschen.

Auf unserer Community-Seite www.ra-kotz.de veröffentlichen wir täglich aktuelle Urteile. Die hier in Kurzform dargestellten Urteile finden Sie auf unserer Homepage im Volltext, indem Sie das Aktenzeichen in die Suchmaske eingeben.

Juristenwitze**1. Das Plädoyer**

Die ältere Anwältin hält ein brillantes Plädoyer für den schönen Gentleman-Einbrecher.

Ein Freispruch liegt in der Luft, da lässt sich die Dame zu dem Satz hinreißen:

„Ich bin so sehr von der Unschuld meines Mandanten überzeugt,
dass ich ihn auf der Stelle heiraten würde.“

„In diesem Falle möchte ich die Tat lieber gestehen“,
erklärt der Angeklagte erschrocken.

2. Der letzte Wille

Der Anwalt liest den Verwandten den letzten Willen eines reichen Verstorbenen vor:

„Und an Heinz, dem ich versprach, ihn in meinem Testament zu erwähnen:

Hallo Heinz, alter Knabe – einen herzlichen Gruß!“

3. Geordnete Verhältnisse

Richter:

„Ja, haben Sie denn nie in geordneten Verhältnissen gelebt?“

Angeklagter:

„Schon, aber nach 4 Jahren wurde ich begnadigt.“

4. Der zuverlässige Jurist

Ein reicher alter Mann liegt auf dem Sterbebett. Er möchte sein Vermögen mit ins Grab nehmen. In seiner letzten Stunde lässt er seinen Pfarrer, seinen Arzt und seinen Anwalt zu sich rufen. Jedem übergibt er 100.000 € und lässt sich versprechen, dass bei der Beerdigung alle drei das Geld in sein Grab legen.

Bei der Beerdigung treten nacheinander der Pfarrer, der Arzt und der Anwalt an das Grab und werfen jeder einen Briefumschlag hinein.

Auf dem Nachhauseweg bricht der Pfarrer in Tränen aus:

„Ich habe gesündigt. Ich muss gestehen, dass ich nur 80.000 € in den Umschlag gesteckt habe. 20.000 € habe ich für einen neuen Altar in unserer alten Kirche und die Renovierung des Daches genommen.“

Darauf sagt der Arzt:

„Ich muss zugeben, dass ich sogar nur 60.000 € ins Grab geworfen habe. Unsere Klinik braucht dringend neue Geräte, dafür habe ich 40.000 € genommen.“

Der Anwalt erwidert:

„Meine Herren, ich bin erschüttert! Selbstverständlich habe ich dem Verstorbenen über die volle Summe einen Scheck ins Grab gelegt.“

5. Berufung

„Nur Mut“,

erklärt der Anwalt seinem Mandanten,

„Sie werden sehen, die Wahrheit wird siegen.“

„Dann können wir ja immer noch in Berufung gehen“,
sagt der Mandant zum Anwalt.



6. Der Restaurantbesuch

Zwei Anwälte kommen in ein Restaurant und bestellen je einen Drink. Als sie versorgt sind, packen sie jeder ein Sandwich aus dem Koffer und beginnen zu essen.

Es dauert nicht lange, da kommt der Wirt und beschwert sich:

„Meine Herren, das geht so nicht, dass sie hier ihre eigenen Sandwiches essen.“

Die beiden zucken mit den Schultern und tauschen die Brötchen. Der Dieb, der schon mehrfach vorbestraft ist, wird dem Richter vorgeführt.

7. Der Dieb

„Ich habe Ihnen doch gesagt, dass ich Sie hier nie wieder sehen will!“,
donnert der Richter.

„Das habe ich der Polizei auch gesagt“,
erwidert der Dieb,
„aber die wollten mir nicht glauben!“